

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode

13.03.2020 Drucksache 18/6959

Antrag

der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach und Fraktion (FDP),

Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Horst Arnold, Doris Rauscher, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann und Fraktion (SPD)

Verbesserung der Situation von LGBTIQ* in Bayern V – LGBTIQ* in Schulen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, einen Gesetzentwurf zur besseren Berücksichtigung von LGBTIQ*-Rechten im Rahmen der Schulbildung vorzulegen.

Dabei sind folgende Punkte besonders zu berücksichtigen:

- besseres Angebot von Aus- und Fortbildungen für Lehrkräfte zur Aufklärung über LGBTIQ*-Rechte und zum professionellen und diskriminierungsfreien Umgang mit Themen der "sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt" an bayerischen Schulen
- Erstellung einer Handreichung durch das Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung für Lehrkräfte an Schulen zur fächerübergreifenden Integration von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in den Unterricht
- Einarbeitung von Aufklärung über LGBTIQ*-Rechte und des professionellen und diskriminierungsfreien Umgangs mit Themen der "sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt" in die Curricula von Lehramtsstudiengängen (insbesondere in den Fächern Deutsch, Biologie, Religionslehre/Ethik etc.)
- Überarbeitung der "Richtlinien für die Familien- und Sexualerziehung in den bayerischen Schulen", sodass diese besser die geschlechtliche Vielfalt und Identität abbilden, klare Vorgaben machen, wann Aufklärung zu erfolgen hat und konkretisieren, in welchen Fällen externe Hilfsangebote hinzugezogen werden sollen
- verpflichtende Aus- und Fortbildung sozialpädagogischer Fachkräfte und der Beauftragten für Familien- und Sexualerziehung an den Schulen zu LGBTIQ*-Themen
- Erstellung einer Handreichung für Schulleitungen und Lehrkräfte zum Umgang mit transidenten Schülerinnen und Schüler unter Einbeziehung der Betroffenenverbände
- Ergänzung des LehrplanPlus aller weiterführenden Schulen um das Thema "geschlechtliche Vielfalt und Identität" (z. B. in der 8. Jahrgangsstufe der Realschulen unter "Menschliche Sexualität und Entwicklung") und Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien und Handreichungen in der Link-Ebene

Begründung:

Der Schulbesuch ist eine der wichtigsten Phasen im Leben eines Menschen. Während dieser Zeit kommt es zu wichtigen Entwicklungen der Persönlichkeit und daher handelt es sich zugleich auch um eine Phase, in welcher Kinder und Jugendliche besonders vulnerabel sind. Zudem werden wichtige Grundsteine für das Verständnis einer offenen Gesellschaft und des gegenseitigen Miteinanders gelegt.

Gerade in der Schule sollte daher Aufklärung über die verschiedenen Lebensweisen und über die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt eine wichtige Rolle spielen. Nur durch eine rechtzeitige Sensibilisierung der Schülerinnen und Schüler für dieses Thema kann ein diskriminierungsfreier und sicherer Raum geschaffen werden. Gerade im Hinblick auf die Tatsache, dass in der Studie "Coming-out und dann" 40 Prozent der Befragten berichteten, dass ihr Coming-out in der Schule mit negativen Reaktionen seitens des Umfelds verbunden war. Jede zehnte Person gab zudem an, körperlich angegriffen worden zu sein, jede vierte zwangsgeoutet zu werden und jede zweite wurde bereits beschimpft und beleidigt. Insgesamt sind von Mobbing an Schulen ca. drei bis fünf Prozent aller Schüler betroffen, insbesondere LGBTIQ*-Kinder und Jugendliche. Dem gilt es mit allen Mitteln vorzubeugen.

Bereits nach der ersten Anhörung zu diesem Thema im Landtag am 09.12.2010 versprach die Staatsregierung Verbesserungen. Bisher wurden jedoch keine entsprechenden Maßnahmen eingeleitet. Vielmehr stellten die Sachverständigen bei der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie zum Thema "Akzeptanz von LGBTIQ*-Personen in Bayern" am 14.11.2019 fest, dass im Bereich der Schulbildung weiterhin ein Nachholbedarf vorliegt.

Aus diesem Grund ist es notwendig, dass die Staatsregierung endlich handelt. Ein wichtiger Schritt wäre ein besseres Angebot an Aus- und Fortbildungen für Lehrkräfte zur Aufklärung über die Rechte von LGBTIQ*-Personen und über den Umgang mit Themen der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt. Besonders wichtig ist, dass hier der Freistaat aktiv wird und Angebote oder einen klaren Rahmen schafft. Denn derzeit müssen Schulen und Lehrkräfte oft auf Angebote von ehrenamtlichen Organisationen zurückgreifen, die nicht in der Fläche vorhanden sind. Die Akademie für Lehrerfortbildung hat derzeit in ihrem Portfolio kein entsprechendes Angebot. Auch die Fortbildung der Beauftragten für Familien- und Sexualerziehung zum professionellen Umgang mit LGB-TIQ*-Themen und den LGBTIQ*-spezifischen Sorgen und Nöten von Kindern und Jugendlichen ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Schaffung eines diskriminierungsfreien Raums für alle Schülerinnen und Schüler.